

Beratungsstelle für Beschäftigte aus Mittel- und Osteuropa Im Rhein-Main-Gebiet

Sie kommen aus Osteuropa und arbeiten im Rhein-Main-Gebiet?

- Erhalten Sie den Lohn, der Ihnen versprochen wurde?
- Wissen Sie, auf wie viele Urlaubstage Sie Anrecht haben?
- Gefährden Sie bei der Arbeit Ihre Gesundheit?

Haben Sie Fragen zu Ihren Rechten oder fühlen Sie sich unfair behandelt? Kommen Sie zu uns und informieren Sie sich! Denn nur, wenn Sie Ihre Rechte kennen, können Sie diese auch durchsetzen.

- Wir zeigen Ihnen wie Sie sich wehren können.
- Wir beraten Sie muttersprachlich, wie Sie Ihre Rechte durchsetzen können.
- Unsere Beratung ist kostenlos.

Beratung in bulgarischer Sprache (dienstags
bis freitags)

Beratung in Bosnisch - Kroatisch-
Montenegrinisch - Serbisch (montags)

Velislava Firova

Email: velislava.firova@emwu.org

Telefon: +49 (0)69 407 692 90

Mobil: +49 (0)175 99 11 726

Fax: +49 (0)69 257 521 76

Anel Crnovrsanin

Email: anel@emwu.org

Tel.: 0151 63402222

Fax: + 49(0)69 257 521 76

Adresse: DGB Hessen-Thüringen, Haus 2 – Etage 3, Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77, 60329 Frankfurt/Main

Über uns:

Der Europäische Verein für Wanderarbeiterfragen e.V. (EVW) wurde 2004 von der Gewerkschaft IG BAU gegründet und setzt sich seitdem für die Belange von Beschäftigten aus Mittel- und Osteuropa ein. Wir bieten kostenfreie und vertrauliche Beratung zu arbeits- und sozialrechtlichen Themen in Deiner Muttersprache an.

EVW ist Kooperationspartner im DGB-Projekt Faire Mobilität. Das Projekt hilft, gerechte Löhne und faire Arbeitsbedingungen für Arbeitnehmer*innen aus den mittel- und osteuropäischen EU-Staaten auf dem deutschen Arbeitsmarkt durchzusetzen. Am Standort Frankfurt wird über DGB-Faire Mobilität zusätzlich Beratung in rumänischer und polnischer Sprache angeboten.

Das Angebot erfolgt im Rahmen des Projekts „Faire Mobilität Hessen“ beim Europäischen Verein für Wanderarbeiterfragen e.V.

Das Projekt wird aus Mitteln des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration gefördert.

HESSEN



Hessisches Ministerium
für Soziales und Integration



Ermöglicht durch das
Sozialbudget